GS-KS-01

Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	08.03.2017
Tagesordnungspunkt:	GS.GS-KS Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

Wenn das Kind aus einer Arbeiterfamilie später Unternehmerin oder Unternehmer wird und gute Arbeitsplätze schafft, wenn die alleinerziehende Krankenschwester es sich leisten kann, Pflegemanagement zu studieren, wenn der seit längerem arbeitslose Lagerist nach einer Weiterbildung einen neuen Job findet, wenn der schwerhörige Junge zusammen mit den Nachbarskindern in der Schule um die Ecke lernt und die aus Syrien nach Deutschland geflüchtete Frau Medizin studiert, dann haben wir viel erreicht. Dann sind wir unserem Ziel, allen Menschen in Deutschland eine Chance auf ein gutes Leben zu ermöglichen, ein gutes Stück näher gekommen. An manchen Orten klappt das schon, da haben sich Menschen längst auf den Weg gemacht: etwa an der Rütli-Schule in Berlin-Neukölln. Einst als „Deutschlands schlimmste Schule“ bezeichnet, machen Schülerinnen und Schüler dort nun Abitur – viele von ihnen als Erste ihrer Familie. Oder an der Universität Duisburg-Essen, die gezielt Jugendliche aus Familien ohne akademische Erfahrung bis zum Bachelor begleitet. Davon brauchen wir mehr. Zu oft bestimmt immer noch die Herkunft über die eigene Zukunft, und nicht etwa Talent oder Fleiß. Es ist ein Skandal, dass es für Kinder aus Arbeiterfamilien bei uns so schwierig ist, aufzusteigen. Das wollen wir Grünen ändern. Jeder soll die Chance auf ein gutes Leben bekommen. Wirtschaft und Gesellschaft brauchen die Ideen und die Kraft aller jungen Menschen. Wir können und wollen es uns nicht leisten, Menschen perspektivlos und abgehängt zurückzulassen. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der nicht soziale Herkunft, ethnische Wurzeln oder körperliche Voraussetzungen über die Zukunft von Menschen entscheiden, sondern deren Wünsche und Potentiale. Wir stemmen uns gegen die Spaltung in drinnen und draußen, wollen die Gesellschaft zusammenhalten und Chancen gerechter verteilen.

Mit guter, inklusiver Bildung Türen öffnen

Kindertagesstätten, Schulen, Jobcenter, Stadtbüchereien, Jugendzentren – all das sind Orte, auf die Benachteiligte besonders angewiesen sind. Dort werden Chancen verteilt – oder eben nicht. Deshalb ist die öffentliche Infrastruktur vor Ort so wichtig. Doch ausgerechnet hier hat Deutschland dringend Nachholbedarf. Investitionen fallen seit Jahrzehnten dem Rotstift zum Opfer. Öffentliche Stellen werden gestrichen. Schulen verwahrlosen, Jugendzentren werden geschlossen und Stadtbüchereien zusammengelegt. Diese falsche Schwerpunktsetzung werden wir beenden. Wir werden der allgemeinen Bildung und der Forschung und Entwicklung wieder Vorrang einräumen. Es muss unser Ziel bleiben, sieben Prozent der Wirtschaftsleistung in die allgemeine Bildung und 3,5 Prozent in Forschung und Entwicklung zu investieren. Wir Grünen wollen Länder und Kommunen dabei unterstützen, Kindertagesstätten, Schulen, Berufsschulen

und Hochschulen besser auszustatten. Diese Investitionen in die Zukunft zahlen sich aus. Denn sie schaffen für jede und jeden die Chance, von der eigenen Arbeit zu leben und der Gesellschaft etwas zurückgeben zu können. In NRW oder Baden-Württemberg wurde unter Grüner
Beteiligung deshalb so viel Geld in Bildung investiert wie noch nie zuvor.

Konkret heißt das: Alle Kinder bekommen einen Anspruch auf einen Ganztagsplatz in einer guten Kita Kindergarten, der im fröbelschen Sinne mehr als nur eine Beutreuungseinrichtung ist und in dem Kinder von 0 bis zur Einschulung ganzheitlich gefördert werden, in der dem die Erzieher*in Zeit hat, jedes einzelne Kind zu unterstützen. Als das Land in dem das international verbreitete Erfolgskonzept des Kindergartens erfunden wurde, wollen wir den ganzheitlichen Gedanken nach vorne stellen und Qualität sichern. Mindeststandards für die Qualität sollen das bundesweit sicherstellen und der Bund soll sich an den Kosten beteiligen. Schulen haben in den vergangenen Jahren zahlreiche neue Aufgaben bekommen, die

viele Lehrerinnen und Lehrer unter teils schwierigen Bedingungen bereits mit großem Engagement übernehmen: gemeinsamer Schulbesuch von Kindern mit und ohne Behinderung, digitale und kulturelle Bildung, Willkommensklassen oder auch Schulsozialarbeit. Schulen, an denen junge Menschen fürs Leben lernen und die auf eine gute Zukunft vorbereiten, müssen selbst Orte der Zukunft sein. Zuweilen ist das durchschnittliche Parkhaus in Deutschland aber in einem besseren Zustand als so manches Schulgebäude. Der Bund sollte seine neuen Möglichkeiten, finanzschwache Kommunen im Bildungsbereich zu unterstützen, nun rasch nutzen
und ein Förderprogramm zur Sanierung von maroden Schulen auflegen, das auch die baulichen Grundlagen für den Auf- und Ausbau von Ganztagsschulen legt. Damit Schulen den Kindern Chancen eröffnen, die unter schwierigen Bedingungen aufwachsen, und auch jene fordern, die viel leisten können. Diese schmale Öffnung der Verfassung war ein erster Schritt. Wir Grünen streiten weiter dafür, das Kooperationsverbot komplett aufzuheben. Bund und Länder müssen ihre gemeinsame Verantwortung auch gemeinsam übernehmen können.

Uns Grünen geht es um gleiche Freiheit für alle, das eigene Leben selbstbestimmt zu gestalten. Im Moment aber spaltet sich die Gesellschaft immer mehr in Gewinner*innen und Verlierer*innen. Erwerbstätige mit Berufsausbildung verdienen im Laufe ihres Berufslebens eine Viertel Million Euro mehr als diejenigen ohne Ausbildung. Mit einem Hochschulabschluss ist es sogar eine Million Euro mehr. Deshalb fordern wir Grünen eine Ausbildungsgarantie, die an die Stelle des unübersichtlichen Durcheinanders von Fördermaßnahmen des Arbeitsamtes
tritt. Alle Jugendlichen sollen direkt nach der Schule eine anerkannte Berufsausbildung beginnen können, anstatt ziellos von Maßnahme zu Maßnahme geschoben zu werden.

Hochschulen müssen offen sein für alle – ob Arbeiter- oder Akademikerkind, ob Mann oder Frau, ob einheimisch, eingewandert oder hierher geflüchtet. Es liegt nicht am Können, dass heute nur ein Viertel der Nichtakademikerkinder studieren, gleichzeitig aber drei Viertel der Kinder aus Akademikerfamilien. Allerdings muss dafür die Studienfinanzierung grundlegend verändert werden: Das BAföG muss wieder zum Leben reichen. Mittelfristig soll die Studienfinanzierung aus einem Studierendenzuschuss für alle und einem Bedarfszuschuss für Studierende aus ärmeren Elternhäusern bestehen. Studiengebühren lehnen wir ab. Doch der Zugang zum Studium allein reicht noch nicht aus. Auch bessere Studienbedingungen sind

wichtig, also gute Lehre, ausreichend Beratungsangebote und mehr Lehrende zur Unterstützung der Studierenden. Auch dafür wollen wir die Finanzierung des Hochschulpakts und des Qualitätspakts Lehre verstetigen. Der Zugang zur Wissenschaft als Beruf muss gerecht gestaltet sein. Junge Forschende brauchen faire Arbeitsverträge und mehr unbefristete Beschäftigungsmöglichkeiten, um mit Sicherheit gut forschen zu können. Mit einem Bund-Länder-Programm für Nachwuchsstellen und einer weiteren Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes verbessern wir die Situation für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Wir Grünen werden durch die konsequente Umsetzung der Gleichstellungsstandards unser Wissenschaftssystem auf allen Ebenen für Frauen öffnen.

Zugänge in Arbeit schaffen

Chancengerechtigkeit ist nicht nur eine Frage für junge Menschen. Es muss auch darum gehen, dass Menschen, die mitten im Leben stehen oder deren Lebensweg nicht gradlinig verläuft, ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen können. Das heißt für uns, dass es auch später im Leben möglich sein muss, etwas dazuzulernen, sich weiterzubilden oder auch beruflich zu verändern. Gute Bildung kostet Zeit und Geld. Beides ist für viele Menschen Mangelware. Die grüne BildungsZeit Plus sorgt mit einem Mix aus Zuschuss und Darlehen dafür, dass gerade die Menschen, die heute noch viel zu selten an Weiterbildungen teilnehmen, die Zeit und die Kosten dafür aufbringen können.

Aber auch Menschen mit Handicap, Jugendliche ohne Ausbildung, Langzeitarbeitslose oder ältere Beschäftigte brauchen passgenaue Integrationsstrategien. Die Arbeitslosenversicherung muss zu einer Arbeitsversicherung werden, die alle Menschen unterstützt – und zwar schon bevor sie arbeitslos werden. Für Arbeitslose, die in absehbarer Zeit nicht in reguläre Jobs zu vermitteln sind, ist die Einrichtung eines Sozialen Arbeitsmarktes notwendig.

Erfolgreiche Integration fußt auf Chancen und Perspektiven. Wer neu in Deutschland ankommt, soll seinen Alltag möglichst schnell selbständig meistern können. Deshalb wollen wir, dass Geflüchteten der Weg in die Arbeitswelt rasch offensteht. Dort lernen sie den deutschen Arbeitsalltag, einheimische Gepflogenheiten und hiesige Berufe kennen. Wir legen Wert auf frühzeitige Bildungsangebote und passende Sprachförderung. Damit eine Ausbildung nicht länger an einer unsicheren Bleibeperspektive scheitert, wollen wir, dass Asylsuchende und Geduldete eine Aufenthaltserlaubnis für die Ausbildung und die anschließende Beschäftigung erhalten.

Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Qualität in Kindertagesstätten sichern – mehr Erzieherinnen und Erzieher für unsere Kleinsten

Die Zukunft beginnt in der Kindertagesstätte. Kindertagesstätten bieten Raum zum Spielen, Lernen und Sprechen – und Kindern die Chance auf Bildungserfolg. Die Zeit, die eine Fachkraft für die unmittelbare pädagogische Arbeit mit den Kindern hat, ist häufig zu knapp bemessen. Deswegen wollen wir bundesweit in einem Gesetz Qualitätsstandards festlegen. Eine Erzieherin oder ein Erzieher soll künftig höchstens vier Kinder unter drei Jahren bzw. höchstens zehn ältere Kinder betreuen. Auch in die Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen

und Erzieher wollen wir investieren. Der Bund soll sich mit einer Milliarde Euro an den zusätzlichen Kosten beteiligen.

10.000 Schulen fit für die Zukunft machen

Wir wollen dafür sorgen, dass der Schulerfolg endlich nicht mehr durch die soziale Herkunft vorbestimmt wird. Individuelle Förderung braucht Zeit und Raum. In Ganztagsschulen können alle Schülerinnen und Schüler ihre Begabungen und Interessen in Kunst, Kultur und Sport gut entwickeln. Wir wollen finanzschwache Kommunen gezielt entlasten und den enormen Sanierungsstau auflösen. Um Schulen zu sanieren, stellen wir in den nächsten fünf Jahren zehn Milliarden Euro bereit und machen damit 10.000 Schulen fit für die Zukunft. Wir unterstützen Kommunen dabei, Raum für die vielen neuen Schülerinnen und Schüler zu schaffen.
Wir arbeiten weiter daran, das Kooperationsverbot aufzuheben, so dass der Bund sich finanziell beteiligen kann, den Aufbau von zehntausenden guten Ganztagsschulplätzen überall im Land anzustoßen.

Studieren besser finanzieren

Bildungsgerechtigkeit bedeutet für uns, allen Studienchancen zu eröffnen. Jede*r muss unabhängig vom Geldbeutel der Eltern und von der Herkunft studieren können. Wir wollen in einem ersten Schritt dafür sorgen, dass das BAföG künftig automatisch erhöht wird. So können Studierende steigende Lebenshaltungskosten und Mieten schultern. Im zweiten Schritt wollen wir die Studienfinanzierung zum Zwei-Säulen-Modell weiterentwickeln. In der ersten Säule erhalten alle Studierenden einen Studierendenzuschuss – einen gleich hohen Basisbetrag für alle. Mit der zweiten Säule kommt ein individuell bemessener Bedarfszuschuss hinzu. Beides soll, anders als das jetzige BAföG, nicht zurückgezahlt werden müssen.
